

Erklärung des Ministerpräsidenten zu Beginn der Landtagssondersitzung zum Thema Asyl

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

Anrede!

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich mich in dieser Erklärung an Sie, unsere Landsleute und alle Menschen, die auf Sachsen schauen, wenden.

„Ein Willkommen ist nicht zu viel verlangt.“ Mit diesen Worten drückt Jürgen Opitz aus, was doch eigentlich selbstverständlich sein sollte: Ein Mindestmaß an Menschlichkeit.

Menschlichkeit zeichnet die überragende Mehrheit der Sachsen aus. Aber eine enthemmte Minderheit besudelt und beschämt unser ganzes Land in einer Art und in einem Ausmaß, die ich mir nicht vorstellen konnte. Sie haben Mitmenschen angegriffen, terrorisiert und verängstigt. Hier erheben sich Menschen über Menschen, ohne sich auch nur irgendwie für deren Leben und deren Schicksale zu interessieren. Gewalttätige Extremisten und alle, die sie haben gewähren lassen, die sie unterstützt haben, die – ich kann es nicht verstehen – auch mit Kindern hinter ihnen hergezogen sind, haben vor der Unterkunft in Freital und an dem Wochenende von Heidenau unsere Grundordnung verlassen und unseren gesellschaftlichen Frieden bedroht.

Diese Personen haben sich außerhalb der sächsischen Bürgerschaft gestellt. Sie haben ihre hasserfüllten Gedanken durch konkrete Gewalt ausgelebt. Das macht mich sprachlos. Sie haben einen gefährlichen Schatten auf die Weltoffenheit Sachsens geworfen. Die Weltoffenheit, von der unser aller Zukunft abhängt. Dafür gibt es kein Verständnis, keine Toleranz. Dagegen muss es den Aufstand aller in unserem Land geben.

Ich selbst werde gesellschaftliche Gruppe einladen, um über die Stärke der sächsischen Demokratie zu reden: Gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern, dem Kultursenat bis hin zum Landessportbund und der Wohlfahrt will ich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft arbeiten. Und was mir ein besonderes Anliegen ist: Ich möchte Lehrer

einladen, um zu diskutieren: Wie gut bilden unsere Schulen in Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt aus? Unser Ziel muss es doch sein, dass alle Schüler überzeugte sächsische Staats- und Weltbürger werden.

Rassisten und Staatsfeinde haben das Fundament des zivilisierten Miteinanders in Deutschland verlassen. Sie haben versucht zu zerstören, was tausende Sachsen Tag für Tag verteidigen und mit Leben erfüllen: Unsere Werte von Humanismus und Nächstenliebe, Toleranz und Gewaltfreiheit. Und diese Werte sollten von allen eingehalten werden. Und: Sie müssen gegenüber allen Menschen gelten: Auch gegenüber Mitgliedern der Staatsregierung und Kommunalpolitikern. Man kann Politik kritisieren, man kann anderer Meinung sein – aber das Minimum ist doch Respekt vor dem Amt und der Person im Amt.

Ich möchte Jürgen Opitz, dem Bürgermeister von Heidenau, auch hier im Sächsischen Landtag danken. Danken für seinen Mut, seine Courage und seine klare Haltung. Er hat nach den unerträglichen und verstörenden Ereignissen in seiner Stadt Stellung bezogen und deutlich gemacht: Es wurden nicht verhandelbare Grenzen überschritten. Eine Minderheit beschädigt einen Ort, der doch anders ist: Viele Heidenauer helfen den Flüchtlingen, sie leben unsere Werte wie Mitmenschlichkeit durch ganz praktisches Handeln.

Jürgen Opitz und sein Handeln – das ist unser Sachsen. Das ist ein Maßstab für Sachsen. Er steht für viele Bürgermeister in unserem Land. Und er ist Vorbild für diejenigen, die künftig Asylbewerber in ihrer Stadt willkommen heißen werden.

Meine Damen und Herren

Heute ist Weltfriedenstag. Hass zerstört Frieden. Hass zerstört Freiheit. Hass zerstört Demokratie und Gemeinschaft. Und Hass zerstört Wohlstand. Hass macht einsam und arm. Die geballte Wut, wie es die Protestierer selbst nennen, schlägt Politik und unserem Staat entgegen, zu einer Zeit, wo es unserem Land und dem Durchschnitt der Menschen gut geht. Wir haben in Sachsen 40 Jahre SED Diktatur hinter uns gelassen. Wir begehen den 70. Jahrestag des Kriegsendes. Sollte es uns nicht auch heute noch glücklich machen, in Freiheit, Frieden und Selbstbestimmung zu leben?

Wir Sachsen haben seit 1989 viel Hilfe durch Westdeutsche erfahren. Wir können doch nicht vergessen haben, dass wir unseren Wohlstand gerade auch der Unterstützung und Solidarität anderer verdanken. Eine Solidarität, die uns auch in schweren Stunden wie den Fluten nie alleine gelassen hat.

Meine Damen und Herren

Ich rufe uns alle hier im Parlament, die Kirchen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Vereine und Verbände – alle Bürger unseres Freistaats auf: Schauen wir auf unser Land und bekennen uns noch deutlicher zu einem Sachsen mit Herz. Der Herzschlag ist da: Leipzig wehrt sich gegen dumpfe Demonstrationen; Annaberg-Buchholz freut sich über Flüchtlinge; an vielen Orten werden sie willkommen geheißen; abertausende Sachsen spenden, helfen, engagieren sich. Ich möchte, dass dieser Herzschlag stärker zu spüren ist. Er soll nicht mehr zu überhören sein.

Flüchtlinge sind Menschen, die zu uns kommen, denen wir helfen müssen. Und wenn sie bleiben dürfen, dann sehen wir in ihnen noch mehr: Machen wir aus Flüchtlingen unseren Kollegen, Nachbarn, Sportkameraden. Jedem Flüchtling, der nach einem Asylverfahren hier bei uns bleiben darf, sage ich: Lernen Sie unsere Sprache, finden Sie eine auskömmliche Arbeit bei uns, erleben Sie unsere Kultur und bereichern Sie diese, teilen Sie unsere Werte und werden Sie ein Bürger Sachsens.

Meine Damen und Herren

Um die Herausforderung der vielen Asylbewerber zu bewältigen braucht es in unserem Land einen spürbaren Ruck der Barmherzigkeit. Es ist unsere humanitäre Pflicht, den Menschen zunächst ein Dach über den Kopf zu geben. Und das ist nicht die Pflicht der Regierung oder des Staates allein. Es geht uns alle an, wenn Menschen in unser Land kommen und Hilfe brauchen.

Die Staatsregierung ist zunächst auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen angewiesen, denn dort leben die Asylbewerber. Morgen werden Martin Dulig und ich uns wieder mit Landräten und Bürgermeistern zusammensetzen und den weiteren Weg besprechen. Die Städte und Gemeinden können sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Ich danke ganz ausdrücklich der Stadt Chemnitz und ihren Bürgern. In dieser sächsischen Großstadt wird seit Jahren Großartiges für die Aufnahme von Flüchtlingen geleistet. Ich danke auch der Stadt Schneeberg, in der es nach den schweren Protesten von 2013 eine breite Welle der Solidarität und Unterstützung gibt. Ich danke Böhlen, Görlitz, Meißen, Perba – allen Orten und allen Bürgern, die sich der Verantwortung stellen.

Ich bitte darum, dass sich alle der Verantwortung stellen: Eigentümer möglicher Immobilien, wenn wir um Unterkunft bitten. Und auch die Nutzer von Turnhallen, Nachbarn einer Asylunterkunft, die Gesellschaft der Stadt, in der wir Flüchtlinge unterbringen müssen. Die neuen Zahlen des BAMF haben klar gemacht: Wir stehen vor einer ungeahnt großen Aufgabe. Wir stehen vor einer Aufgabe, die Land und Kommunen nur mit Unterstützung des Bundes schaffen können. Die Staatsregierung hat sofort auf die Zahlen reagiert. Unser Ziel ist: Keine Zelte im Winter. Aber noch einmal: Alleine schaffen wir es nicht. Wir brauchen ein politisches und gesellschaftliches Miteinander bei der Bewältigung der humanitären Aufgabe.

Meine Damen und Herren

Wir werden das schaffen. Davon bin ich überzeugt. Wir werden an dieser Herausforderung wachsen müssen. Auch hier sage ich: Das können wir. Dafür sind aus meiner Sicht drei Dinge wichtig:

Erstens:

Wir brauchen jetzt eine Zeit, in der wir um die beste Lösung ringen. Aber gewinnen wir bitte mehr Verständnis füreinander. Ich wünsche mir weniger Vorwürfe und mehr Zusammenhalt. Kommunikationszeiten, Entscheidungswege müssen sich unter den Bedingungen ändern. Es ist, das haben die Bundeskanzlerin und ich mehrfach gesagt, kein Normalbetrieb in dem wir uns befinden. Menschen brauchen schnelle Hilfe. Wir brauchen schnelle Entscheidungen. Schnelle Entscheidungen, ob die Menschen bleiben dürfen oder nicht. Und schnelle Entscheidungen, wo wir die Menschen unterbringen.

Zweitens:

Wir können in dieser Herausforderung nur bestehen, wenn wir die Stärken unseres Landes erhalten. Zu diesen Stärken gehört die Rechtsstaatlichkeit. Daher: Neben der Demokratie gilt es, auch unseren Rechtsstaat zu verteidigen. Extremisten und Gewalttäter müssen verfolgt werden. Straftaten vor, aber auch in Asylbewerberheimen müssen konsequent geahndet werden. Und Asylverfahren müssen schneller entschieden werden und die Entscheidung muss konsequent und zügig umgesetzt werden. Nicht jeder, der zu uns kommt, hat ein Recht hierzubleiben. Zum Erhalt der Stärken gehört auch: Es sind wegen der Kosten von Unterbringung und Betreuung keine Abstriche in anderen Politikbereichen geplant.

Drittens:

Die Flüchtlinge aufzunehmen, heißt auch, dass sie nicht nur ein Dach über den Kopf haben. Sondern sie werden Teil unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir zum einen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und Antworten geben. Ich erhalte viele vernünftige Briefe, viele Bürger erklären mir in ganz ruhiger und sachlicher Art, womit sie gerade hadern. Das respektiere ich und wir müssen es in unserer Politik beachten. Ich möchte, dass wir eine scheinbar große schweigende Masse auf unserer Seite behalten.

Ich schaue aber besonders auch auf Menschen, die in diesen Wochen enorm gefordert sind, weil sie bei der Aufnahme, der medizinischen Betreuung, der Bearbeitung von Anträgen, der Unterbringung oder der allgemeinen Unterstützung ihren Dienst verrichten. Das alles schaffen wir heute. Das schaffen wir morgen. Das schaffen wir auch im kommenden Jahr. Aber auf Dauer werden wir das kaum in dieser Größenordnung schaffen. Dabei geht es nicht um Geld in unserem relativ reichen Land. Es geht nicht darum, wie viele Ausländer wir aufnehmen können. Die Herausforderung ist, dass die vielen Menschen die zu uns kommen, viele helfende Hände brauchen. Die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern wird uns an Grenzen führen. An Grenzen der Einsatzfähigkeit von Menschen. An Grenzen der Beschaffung von Material wie Containern und Sanitäreinrichtungen.

Ich sage das nach Gesprächen mit: Einsatzleitern, die 30 Stunden-Schichten haben. Mitarbeitern die Tag für Tag von 6 bis 23 Uhr Flüchtlinge aufnehmen. Ärzten, die zusammen 200 Untersuchungen am Tag bearbeiten. Polizisten, die für unseren Schutz ihren Kopf hinhalten und verletzt werden. Kommunalpolitikern, die bedroht werden. Und Ehrenamtlichen, die jede freie Minuten sich für Flüchtlinge und den Zusammenhalt in unserem Land engagieren. Diese Menschen haben ein großes Herz, eine unglaubliche Leistungskraft und einen unbändigen Willen zu helfen. Ich denke ich spreche für uns alle wenn ich sage: Danke. Herzlichen Dank!

Ich fühle mich auch für diese Menschen verantwortlich, die mir deutlich sagen: Irgendwann können wir nicht mehr. Ich begrüße daher, dass wir heute diese Sondersitzung haben und der Landtag eine Debatte über die Zukunft unserer Asylpolitik begonnen hat. Führen wir sie sachlich und mit humanitärer Perspektive. Führen wir sie mit Herz.

Wir brauchen diese Debatte. Und wir müssen weitere Schritte gehen. Schritte hin zu einer wirklichen europäischen Asylpolitik – mit sicheren Grenzen, fairer Verteilung und effizienten Verfahren. Das Verhalten Ungarns hat es deutlich gemacht: Wir müssen schneller an Lösungen arbeiten, die die Situation für alle entspannen. Und: Schritte hin zu einer erfolgreichen Integration der Menschen, die bei uns ins Sachsen bleiben. Aber es gilt, ein Schritt nach dem anderen. Zuerst müssen wir die Würde aller Menschen sichern, die zu uns kommen und ihnen ein Dach über den Kopf geben.

Meine Damen und Herren,

es gibt hasserfüllte Menschen. Aber es gibt so viel mehr Mitbürger, die uneigennützig anpacken und Menschlichkeit ganz konkret werden lassen: Dazu gehören: Sachsen, die in der Erstaufnahme arbeiten. Die in unseren Städten und Gemeinden zu ihrer Verantwortung stehen. Die in großer Zahl Ihren Dienst beim DRK, den Maltestern und Johannitern, dem THW und anderen Hilfsorganisationen leisten. Und die vielen Ehrenamtlichen, die hinsehen, helfen, sich für eine menschliche Gesellschaft einsetzen. Sie alle machen unser Land zu einem „Sachsen mit Herz“. Auch in ihrem Sinne führen wir heute und zukünftig die Debatte um die richtige Asylpolitik.

Danke!